

## 60-10-V-04

Gegenstand: TOP 10: Wahlen

### Bewerbung Marcus Lamprecht

Liebe Mitglieder, liebe Verbandsaktive, liebe Nichtmitgliedsstudierenschafte,

wohnt ihr schon oder fristet ihr euer Dasein noch unter beengten überteuerten Verhältnissen, die den Begriff Wohnen kaum verdienen? Mit der Kampagne „Studis gegen Wohnungsnot“ hat der fzs im Bündnis mit weiteren hochschulpolitischen Verbänden einen wichtigen Startpunkt für eine Problematik gesetzt, die in der öffentlichen Debatte bis dato kaum eine Rolle spielt. Wie wohnen und leben, sofern sie letzteres überhaupt tun, Studierende? Wie sollten sie wohnen und leben können und wie wollen sie wohnen, leben und mobil sein? Zugang und Absolvierung eines Studiums werden nach wie vor meist in Kategorien der Vorbereitung auf den sogenannten Arbeitsmarkt gedacht ohne dabei ein tieferes Verständnis von Hochschulbildung im Gegensatz zu einer Gewinnung einer Arbeitsmarktreife zu denken, geschweige denn studentische Lebensrealitäten mitzudenken oder gar verbessern zu wollen. Die Problemlage ist vielschichtig: Wohnheimmieten, die als vermeintlich preisgünstige Alternative im Ruhrgebiet häufig über den ortsüblichen Mieten liegen und rassistische Ausschlussmechanismen auf dem freien Wohnungsmarkt sind traurige Realität und führen in Kombination miteinander dazu, dass internationale Studierende oft keine Alternative zu Wohnheimen und ihren Preissteigerungen haben. Und damit ist noch nicht von den Städten gesprochen, in denen die Frage, ob mensch Geld für Lebensmittel oder Miete ausgibt, Alltag ist und schon die Wohnungssuche zum Glücksspiel wird. Das öffentliche Problembewusstsein für die finanziellen Schattenseiten der Entscheidung für ein Studium muss



**Geschlecht:**  
männlich

**Geburtsdatum:**  
02.03.1989

weiter geschärft werden. Dazu sind die aktuellen Überlegungen des 59. Ausschuss der Student\*innenschaften, Stadtentwicklungspolitik in einem Arbeitskreis mit Mobilität (**SMS** – Semesterticket, Mobilität und Stadtentwicklung) zusammenzudenken ein wichtiger Schritt, um die Arbeit der Kampagne und des Ausschusses für Sozialpolitik aus einer anderen Perspektive zu unterstützen. Die Frage der Wohnortnähe zum Campus, zum Zentrum der Hochschulstädte sowie zu kulturell und sozial wichtigen Punkten, stellt einen wichtigen Anlass dafür da, Wohnen und Mobilität in Zusammenhang zu setzen. Längst nicht überall können Studierendenschaften auf solidarisch finanzierte Semesterticketmodelle mit einer landesweiten Gültigkeit zurückgreifen. Ich möchte die Arbeit im vom AS ersonnenen Arbeitskreis SMS anstoßen und begleiten, um Studierendenvertretungen bundesweit die Möglichkeit zum mobilitätspolitischen best practice Austausch, zu koordinierten Verhandlungstaktiken im Umgang mit Verkehrsunternehmen und Leihradsystemanbieter\*innen sowie nicht zuletzt zur Entwicklung mobilitäts- und stadtentwicklungspolitischer Positionierungen zu bieten.

Als ich vor fünf Jahren begann mich hochschulpolitisch zu engagieren, waren genau dies Themen, die mich als Referent für Ökologie und Mobilität im Duisburg-Essener AStA beschäftigten und auch später als dessen Vorsitzender nicht losließen. Direkt zu Beginn meiner Amtszeit durfte ich die verkehrsverbundweite Kampagne „**So nicht, VRR!**“ gegen die drastischen Preiserhöhungsabsichten (+43%) des Verkehrsverbundes Rhein-Ruhr durchführen, die letztlich sehr erfolgreich verlief. Die daraus und aus meiner weiteren AStA-Zeit gewonnenen Kampagnen- und Öffentlichkeitsarbeitskompetenzen möchte ich gerne auch in die Arbeit im fzs einbringen. Auch konnten wir im AStA zu meiner Amtszeit mit einer Leihradkooperationen einen wesentlichen Beitrag zu einer für Studierende günstigen und zugleich nachhaltigen Mobilität leisten. Neben dieser Kooperation hat mich die Einführung von Kulturkooperationen mit den Städten Duisburg und Essen in meiner Überzeugung bestärkt, dass das Semesterticket das Vorbild schlechthin zur weiteren Ausdehnung solidarischer Finanzierungsmodelle sein kann.

Doch all diesen Formen von Solidarität ist gemein, dass sie für alle potenziell einen Nutzen bringen, auch wenn nicht alle diesen realisieren. Anders verhält sich das bei dem perfiden Vorgehen verschiedener Landesregierungen, die sich mit der Einführung von Stu-

diengebühren für internationale Studierende bewusst die Abwesenheit von Solidarität aufgrund eines Mangels an persönlicher Betroffenheit zu Nutze machen. Dieses ausschließende, diskriminierende Vorgehen, das in Baden-Württemberg bereits umgesetzt wurde und einen massiven Rückgang von internationalen Studierenden zur Folge hatte, ist auch in Nordrhein-Westfalen noch nicht vom Tisch. Bereits im Vorfeld der letztjährigen Landtagswahl versuchten wir auf die drohende Gefahr von nachgelagerten Studiengebühren aufmerksam zu machen, die die FDP in ihrem Wahlprogramm forderte. Da die CDU in ihrem Regierungsprogramm (sic!) gar keine Gebühren forderte, waren Gebühren für internationale Studierende die naheliegende Folge. Während im Hintergrund noch der weitere „Kompromiss“ der Langzeitstudiengebühren umherspukt wird damit klar: Das Gespenst der allgemeinen Studiengebühren ist noch längst nicht verblasst und muss gemeinsam mit dem Aktionsbündnis gegen Bildungs- und Studiengebühren und den Studierendenvertretungen in den Ländern weiter bekämpft werden.

Mit Sorge nehme ich wahr, in welchem Maße Hochschulen zum Austragungsort antisemitischer, sexistischer und rassistischer Positionen werden. Dies schlägt sich längst nicht nur in Sticker- und Banneraktionen, sowie der Präsenz der „Identitären Bewegungen“, der AfD und weiterer problematischer Organisationen auf dem Campus nieder. Viel mehr organisieren diese oder ihnen nahestehende Tarnorganisationen (oder in Ausnahmefällen auch Studierendenvertretungen) fragwürdige Veranstaltungen, auf die Hochschulleitungen wechselweise mit Hilflosigkeit oder fadenscheinigen Legitimationen, dass vermeintlich bloß „kontroverse“ Positionen auszuhalten seien, reagieren. Beispiele dafür gibt es zahlreiche. Für mich sehr prägend war im Jahr 2016 die Einladung eines Leugners des Genozids an den Armenier\*innen an die Universität Duisburg-Essen, die wir bundesweit medial problematisieren konnten. Dem entgegnete der Rektor der Universität Duisburg-Essen und Vize-Präsident der Hochschulrektorenkonferenz, Ulrich Radtke, dass keine Veranstaltungen abzusagen seien, nur weil sich Menschen „offended“ fühlten und dass jederzeit „offene Diskussionen“ möglich sein müssen. Dem liegt ein höchstproblematisches Verständnis zu Grunde, dass es vermissen lässt zwischen Offenheit für kritische Positionen und nicht hinzunehmender Propaganda zu unterscheiden. Über die Faktizität eines Genozids gibt es keinen Spielraum offen zu diskutieren. Dazu müssen wir als Verband eine klare Haltung formulieren und deutlich

machen, dass Hörsäle keine Orte sind, an denen Unwissenschaftlichkeit, Hetze gegen bestimmte Gruppen oder Geschichtsrevisionismus einen Raum haben. Viele Hochschulen agieren auf dem Papier für eine offene Gesellschaft und gegen Rassismus, Sexismus und weitere Diskriminierungsformen, eine Übertragung in Praktiken hochschulpolitischen Handelns in Hochschulverwaltung und -leitung muss allerdings oft noch eingefordert werden.

Doch wenn schon ein Selbstverständnis fehlt, als Hochschule Stellung zu beziehen, so verwundert es nicht, dass auch eine grundsätzliche Idee davon, was Universitäten und Hochschulen sein können oder sollen bisher eine Leerstelle ist. Als studentischer Dachverband sollte der fzs gemeinsam mit den Studierendenvertretungen daran arbeiten ein Verständnis zu erarbeiten, welche Erwartungen an und Vorstellungen von Lehre wir haben. Dass Studium etwas ist, das selbstbestimmt, frei von Zugangshemmnissen und extrinsischen Pflichten wie beispielsweise jenen zur Anwesenheit oder zu einer engen Studienverlaufsvereinbarung erfolgen soll, ist sicherlich kein Novum. Dennoch gilt es unsere Positionen zu einem Gesamtverständnis zusammenzuführen und gemeinsam Hochschulen zu Orten des kritischen Austauschs und neugierigen Lernens zu machen. In diesem Kontext darf das Feld der Digitalisierung nicht länger nur Schlagwort bleiben, sondern muss von uns mit Handlungsfeldern im Rahmen von Potenzialen und kritischen Aspekten gefüllt werden. Dabei müssen wir berücksichtigen, dass Digitalisierung nicht per se zu besserer Lehre und zu mehr Lernerfolg führt. Deshalb müssen wir Digitalisierungsprozesse in ein ganzheitliches Bild von Lehre und von Hochschulbildung eingebettet wahrnehmen, die Chancengleichheit für Menschen mit Familien- und Betreuungsaufgaben schaffen können sowie die Idee der Anwesenheitspflicht durch ein leichter umsetzbares Abwesenheitsrecht ersetzen.

Diesen und weiteren hochschulpolitischen Aufgaben möchte ich mich mit dem Verband als dessen Vorstandsmitglied widmen und bewerbe mich hiermit um euer Vertrauen für einen Platz im Vorstand des fzs, gemeinsam mit Isa, Kevin und Ronja. Wenn ihr Fragen oder Anregungen habt, meldet euch gerne per Mail an [marcus.lamprecht@stud.uni-due.de](mailto:marcus.lamprecht@stud.uni-due.de)

## Biografie

Unter diesem Link findet ihr einen ausführlichen Lebenslauf:<https://www.dropbox.com/sh/1dj8tyhlhqkofue/AABNsUdzJgKWW5jLjwaQx7>  
Und unter diesem Text einen Schnelldurchlauf: Nach dem Abitur und einem wirklich sehr bereichernden Zivildienst im Altenheim, habe ich in einem mittelständischen Maschinenbauunternehmen eine Ausbildung zum Industriekaufmann absolviert. Das war lehrreich, spannend, aber nicht erfüllend. Ab 2012 habe ich deshalb begonnen Politikwissenschaft an der Universität Duisburg-Essen zu studieren und 2017 den Bachelorabschluss gemacht. Seit 2017 studiere ich im Master Politikmanagement, Public Policy und Öffentliche Verwaltung. Schon zu Beginn meines Studiums wurde ich Teil der großartigen Grünen Hochschulgruppe, da wir damals aber noch im Sommer wählten erst 2013 Referent im AStA. In diesem war ich bis 2015 Referent für Ökologie und Mobilität, bis Januar 2017 dann Vorsitzender. Bevor ich im August 2017 wieder AStA-Vorsitzender wurde, stand ein halbes Jahr spannender Oppositionsarbeit an, die dann in einem sehr freundlichen Empfang für uns als Delegierte zur 58. MV, die tatsächlich meine erste fzs-Veranstaltung war, endete. #stupadue trendete, der AStA wendete und wir konnten wieder coole Projekte anstoßen, progressive Inhalte voranbringen und uns mehr in den fzs einbringen.